

Von "Brot und Blumen" und vom "umgekehrten Strukturwandel"

Autor(en): **Bossard, Martin / Schär, Markus / Weiss, Jakob / Berli, Rudi**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **68 (2013)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Zahlungsfähigkeit der Bauern diesen Kreisen gegenüber hat sich wegen den Direktzahlungen massiv erhöht. Direktzahlungen sind also viel mehr als lediglich Einkommensstützen für die Landwirtschaft. **Die Bauern dienen immer auch als Durchlauferhitzer für Geldflüsse von den Steuerzahlern hin zum Gewerbe, zur Industrie, zu Importeuren und zu Dienstleistern im Umweltbereich.** Das ist einer der Hauptgründe, weshalb das Direktzahlungssystem politisch so gut verankert ist bzw. fast nur von denen grundsätzlich kritisiert wird, an die Direktzahlungen ausbezahlt werden – nämlich von den Bauern.

K+P: Kommen die Direktzahlungen auch den KonsumentInnen zugute?

Teilweise ja – wenn man der Ansicht ist, dass tiefe Preise per se gut seien für die KonsumentInnen. Da der grösste Teil der Kosten für die Nahrungsmittel heute in der Verarbeitung und im Handel anfallen, und nicht mehr in der Produktion, sinken die Konsumentenpreise jedoch nicht annähernd so stark wie die Preise der Produzenten seit der flächendeckenden Einführung der Direktzahlungen.

K+P: Ist das Modell der Direktzahlungen grundsätzlich sinnvoll?

Direktzahlungen sind wie Krücken: Sie können einen Muskelschwund auslösen und eine momentane Abhängigkeit noch verstärken und verfestigen – oder sie können dazu benutzt werden, um etwas Eigenständiges zu erreichen, das die Direktzahlungen womöglich einmal wieder überflüssig machen könnte. Aber das geht im Bereich der Ernährung nur, wenn ProduzentInnen und KonsumentInnen sich einig werden und zusammen vorgehen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

K+P: Was wäre allenfalls eine Alternative zum Direktzahlungssystem?

Alternativen gibt es immer in nicht-totalitären Gesellschaften. **Allerdings kann man Alternativen nicht einfach einkaufen wie Fertigpizzas. Eigenständige Lösungen muss bzw. darf man sich selbst erarbeiten.** KonsumentInnen und ProduzentInnen erreichen nur dann etwas, wenn sie gemeinsam Ziele formulieren und diese zusammen umsetzen – wie beispielsweise in der regionalen Vertragslandwirtschaft. Wenn einmal ein Konsens geschaffen ist, dass die Risiken geteilt und der Aufwand für eine nachhaltige Produktion fair abgegolten wird, dann braucht es vielleicht auch keine Direktzahlungen mehr. ●

Von «Brot und Blumen» und vom «umgekehrten Strukturwandel»

Ein Gespräch mit Martin Bossard/Bio Suisse und Rudi Berli/Uniterre über die AP14-17.

Die Kontroverse über die neue Agrarpolitik ist nach der parlamentarischen Bereinigung und der Vorlage des Verordnungsentwurfs neu aufgeflammt. Das Bioforum hat sich mit Martin Bossard und Rudi Berli zum Gespräch über die AP14-17 getroffen. Martin Bossard ist Leiter Politik bei Bio Suisse und unterstützt die AP14-17 im Namen des Verbandes. Rudi Berli von Uniterre Sektion Genf lehnt die neue Agrarpolitik ab und will ein Referendum. In der angeregten Diskussion wurde deutlich, dass Bossard und Berli trotz ähnlicher Zielrichtungen grundlegend verschiedene Standpunkte dazu haben, wie die neue Agrarpolitik einzuschätzen sei, und was sie bewirken werde.

Markus Schär & Jakob Weiss für K+P: Das Parlament hat die AP14-17 mit grosser Mehrheit verabschiedet. Das Bundesamt für Landwirtschaft hat den Verordnungsentwurf dazu ausgearbeitet, dessen Anhörung bis Ende Juni 2013 dauert. Das BLW schreibt zur aktuellen Reform, dass damit die Innovation in der Land- und Ernährungswirtschaft stärker unterstützt, die Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessert und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen gezielter gefördert werden sollen. Martin Bossard, wie beurteilst du als Vertreter von Bio Suisse diese Reform?

Martin Bossard: Man hat das Direktzahlungssystem weiterentwickelt, weil das bisherige System deutliche Nachteile aufweist. Die tierbezogenen Beiträge führten zum Beispiel zu einer teilweise zu intensiven Tierhaltung und zu einer Überproduktion im Milchbereich. Die neue Agrarpolitik korrigiert dies ein Stück weit, indem der Ackerbau stärker gefördert wird. Das bisherige System erbringt nicht genügend ökologische Leistungen. Das sieht man z. B. bei den Stickstoff- und Phosphor-Überschüssen. Die Mittel wurden bis jetzt zu wenig zielgerichtet eingesetzt. **Die Schweiz investiert sehr viel Geld in die Agrarpolitik, und der Steuerzahler erwartet, dass die in der Verfassung für die Landwirtschaft vorgesehenen Zwecke auch erfüllt werden. Dies sind eine sichere, günstige und marktge-**

rechte Produktion, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie tier- und umweltfreundliche Produktionssysteme. Da bestehen heute grosse Defizite, die der Bundesrat mit gezielten Direktzahlungen vermindern will. Zudem zeigen die Berechnungen des Bundes ein um 110 Millionen Franken höheres landwirtschaftliches Einkommen. Ein weiterer Punkt ist die Gentechnik-Freiheit. Wir haben mit dem Bauernverband zusammen erreicht, dass das Moratorium bis 2017 verlängert wird. Dieses würde ohne AP14-17 Ende 2013 auslaufen – was aus unserer Sicht sehr problematisch wäre.

Das System bietet Biobauern gute Chancen. Sie sind ja bereits auf dem Weg, den der Bundesrat für die gesamte Landwirtschaft anstrebt. Nämlich die gute Kombination von beidem: Brot und Blumen. Das ist kein Gegensatz für uns. Denn: Ohne hohen «Swissness»-Gegenwert in der Ökologie und beim Tierwohl werden die Konsumenten noch mehr billigere Produkte aus dem Ausland beziehen. Aber auch die Biobauern müssen sich bewegen. Die neue Agrarpolitik bringt ihnen anfangs leicht höhere Direktzahlungen, durchschnittlich 3% mehr als heute. Innerhalb von acht Jahren müssen aber auch sie im Schnitt 12% Übergangsbeiträge mit neu zu erbringenden Leistungen kompensieren, wenn sie 2021 noch gleich viele Direktzahlungen wie heute erhalten wollen.

Auch den Biobauern, die schon vieles erfüllen, wird die Kompensation nicht immer leicht fallen. Aber die Grundsätze der neuen Agrarpolitik sind so, dass sie Biobauern nützen, die gewillt sind, noch ökologischer und marktorientierter zu arbeiten. In diesem Sinne steht der Vorstand von Bio Suisse grundsätzlich hinter der neuen Agrarpolitik. Wir haben zwar nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wichtige Punkte wurden verbessert.

K+P: Rudi Berli, zwei Sektionen deiner Bauerngewerkschaft Unterre haben zusammen mit einzelnen SVP-Exponenten und eher marginalen landwirtschaftlichen Gruppierungen das Referendum gegen die jüngste Agrarreform ergriffen. Die Spitzen vom Bauernverband, von IP Suisse, Bio Suisse und anderen landwirtschaftlichen Verbänden unterstützen das Referendum nicht. Warum lehnt ihr die AP14-17 ab?

Rudi Berli: Wir haben versucht, in der Vernehmlassung zur AP14-17 Einfluss zu nehmen und sie im Sinne der Ernährungssouveränität mitzugestalten. Wir stellen nun aber fest, dass das verabschiedete Gesetz total hinter unseren Erwartungen zurücksteht. **Wir können es grundsätzlich nicht mehr akzeptieren, dass die bäuerlichen Produktionsstrukturen weiter zerstört werden. Es ist bekannt, dass wir jährlich rund 1500 Betriebe verlieren. Dieses Problem ist in der neuen Agrarpolitik überhaupt kein Thema. Es wird einfach davon ausgegangen, dies sei sozialverträglich.** Es ist für uns rätselhaft, wie sich dieser Strukturwandel mit den Postulaten der Nachhaltigkeit und der inländischen Nahrungsmittelproduktion vereinbaren lässt. Ein weiterer Punkt ist die soziale Nachhaltigkeit, also das bäuerliche Einkommen. Die ist zwar ein Thema, aber es gibt in der neuen Agrarpolitik absolut keine Bestrebungen, hier etwas zu verändern. Alle marktpolitischen Instrumente, die wir hier vorgeschlagen haben, wurden nicht berücksichtigt. Ausserdem beruht die neue Agrarpolitik weiterhin grundsätzlich auf einer Marktliberalisierung, auf einem Rückzug der öffentlichen Hand aus der Regulierung der Märkte. Wir sind der Meinung, dass wir nicht weitere vier Jahre bis zur nächsten Agrarpolitik warten können, um diese wichtigen, grundsätzlichen Fragen, die in der AP14-17 nicht enthalten sind, zu diskutieren. Schliesslich ist die Reform des Direktzahlungssystems auch im Zusammenhang mit der Anpassung an WTO-Regeln zur Entkoppelung von Produktion und gemeinwirtschaftlichen Leistungen



Martin Bossard von Bio Suisse und Rudi Berli von Unterre Genf im Gespräch mit K+P.

Foto: Markus Schär

zu sehen. Darüber braucht es eine breite öffentliche Diskussion.

Wir haben mit einem Referendum nichts zu verlieren. Aus unserer Sicht ist die neue Agrarpolitik zwar nicht schlechter als die alte, aber schon die alte hat es verfehlt, auf die grundsätzlichen Probleme Antworten zu finden. Deswegen dürfen wir keine Angst haben, mit dieser komplexen Thematik vors Volk zu gehen. Und wir dürfen uns auch nicht bremsen lassen von der Angst, dass wir gespalten sind. Ich denke, wir haben in der Schweiz über alle politischen Lager hinweg einen Konsens, der darin besteht, dass wir eine ressourcenschonende, tierfreundliche, sozialverträgliche und nachhaltige Landwirtschaft wollen, brauchen, und uns diese auch leisten können. Es ist heute an der Zeit, die agrarpolitische Debatte nochmals aufzurollen, und zwar grundsätzlicher, als sie bisher geführt worden ist.

Martin Bossard: Ich bin auch nicht von allem begeistert, was in der neuen Agrarpolitik enthalten ist, aber sie ist ein Kompromiss. Zum Beispiel die Vermögensobergrenze für Direktzahlungen hätte Bio Suisse gerne beibehalten. Aber gerade bei den Standardarbeitskräften [SAK] konnten wir zusammen mit den Kleinbauern und der Agrarallianz die Erhöhung der Bezugsgrenze für Direktzahlungen auf 0.4 SAK verhindern und den Bundesrat zu einem vollständigen Rückzieher bewegen bis 2014 ein ausführlicher Bericht vorliegt.

Rudi Berli: Ja, da könnt ihr uns Danke sagen.

Martin Bossard: Warum dann das Referendum? Wer die neue Agrarpolitik ablehnt, verliert die erzielten Fortschritte. Gerade bei den SAK hat es positive Bewegungen gegeben. Die

Landwirtschaftsdebatte ist in einem grösseren politischen Kontext zu sehen, da haben eben nicht nur die 3% Bauern mitgeredet. Der grosse Vorteil der neuen Agrarpolitik besteht darin, dass ein Betrieb seine spezifischen Standortvorteile besser in Wert setzen kann und dafür belohnt wird. Viel mehr kann man für die Bauern nicht machen. **Die Technik schreitet fort, und viele Bauern haben selber das Bedürfnis, mehr Fläche zu bewirtschaften.**

Rudi Berli: Da bin ich überhaupt nicht einverstanden. Dieses Bedürfnis entsteht nur aus dem wirtschaftlichen Druck.

Martin Bossard: Wenn du nur Kleinstbetriebe willst, dann musst du wie vor 1995 staatlich einen Produzentenmilchpreis von über einem Franken festlegen und die Grenzen dicht machen. Anschliessend kannst du die Milchseen, Butter- und Käseberge mit Steuermilliarden zu Dumpingpreisen exportieren und den ausländischen Bauern den Preis untergraben. Oder aber wir müssen das Freihandelsabkommen mit China befürworten und anstreben, den Chinesen Premium-Milch für drei Franken verkaufen zu können.

K+P: Mit der AP14-17 werden gemäss Berechnungen des «Schweizer Bauer» die produktionsorientierten Beiträge von gegenwärtig 2,18 Milliarden Fr. pro Jahr bis 2017 auf 1,38 Milliarden Fr. gekürzt. Aufgestockt werden hingegen die sogenannten ökologisch orientierten Beiträge von heute 600 Millionen Fr. pro Jahr auf 1,43 Milliarden Fr. im Jahr 2017. Wenn die Bauern und Bäuerinnen bei diesem Anreizsystem mitmachen, wird der Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von aktuell 56% vermutlich



«Brot und Blumen»: Für Bio Suisse besteht zwischen Produktion, mehr Markt und mehr Ökologie kein Widerspruch.

Quelle und ©: Bio Suisse

weiter sinken. Findet Bio Suisse das nicht problematisch?

Martin Bossard: Bei dieser Aussage erliegt man der Propaganda des Schweizerischen Bauernverbandes. Nach unserer Auffassung sind im Jahr 2014 nur 12,6% der Direktzahlungen des neuen Direktzahlungssystems nicht direkt der Produktion zuzuordnen, nämlich die Biodiversitätsbeiträge, die Landschaftsqualitätsbeiträge und die Ressourceneffizienzbeiträge. Die Versorgungssicherheitsbeiträge, die Kulturlandschaftsbeiträge und die Produktionssystembeiträge sind klar an die Produktion gebunden. Und die Übergangsbeiträge stehen irgendwo dazwischen, weil sie aufgrund der allgemeinen und der ökologischen Direktzahlungen der Jahre 2011 bis 2013 berechnet werden. Beispielsweise ist der RAUS- oder der BTS-Beitrag an die Tierproduktion gebunden. **Biobauern erhalten den Biobeitrag ja nur, wenn sie die entsprechenden Kulturen anbauen. Wir sollten also nicht versuchen, Produktion und Ökologie gegeneinander auszuspielen.** Ich kann wirklich nur empfehlen, die Zahlen des BLW objektiv und unbefangen anzuschauen.

Bezüglich der Selbstversorgung sagt der Bund in seiner Prognose, dass mit der neuen Agrarpolitik nicht nur das landwirtschaftliche Einkommen steigen wird, sondern auch mehr Kalorien produziert werden. Wir produzieren pro Einwohner und Tag in der Schweiz weiterhin über 15 000 Kalorien, viele davon durch Veredelung von Gras zu tierischen Produkten. Mit mehr Ackerbau, wie dies der Bund jetzt anstrebt, steigt der Selbstversorgungsgrad durch produktionsorientierte Massnahmen. Wir wollen aber auch weiterhin mehr Käse und Schokolade exportieren oder Kaffee, Bananen und Orangensaft importieren können. **Dabei stammt die benötigte Energie zu fast 100%**

aus dem Ausland. Eine rein produktionsorientierte Diskussion geht für mich darum völlig am Kern vorbei. Der Selbstversorgungsgrad betrug selbst im Zweiten Weltkrieg mit dem Plan Wahlen nie mehr als 70,5%. Er könnte künftig viel billiger gesteigert werden, wenn nicht mehr ein Drittel der Nahrung unkonsumiert weggeworfen würde. Wenn wir den Fleischkonsum auf die vom Bundesamt für Gesundheit empfohlene Menge reduzierten, würde der Selbstversorgungsgrad viel mehr steigen als mit jeder Intensivierung der Produktion. Und diese wäre ja ohnehin nur auf Kosten der Biodiversität, der Umwelt und der Tiere zu erzielen. Wir verstehen Ernährungssouveränität wie Via Campesina als «das Recht eines Landes, die Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik selbst zu bestimmen, ohne Preis-Dumping auf Agrarrohstoffe gegenüber anderen Ländern zu betreiben». Auf die Schweiz bezogen heisst das: möglichst viele hochwertige Produkte in der Schweiz herstellen, ohne dabei den Bauern im Ausland durch Dumping die Märkte kaputt zu machen; und alles Übrige nach ökologischen und sozialen Kriterien vom befreundeten Ausland importieren.

K+P: Die Uniterre-Sektionen, die das Referendum unterstützen, kritisieren an der AP14-17 ein «entfremdetes liberales Ökologieverständnis» und eine «liberale Trennung von Ökologie und Produktion». Wie ist das zu verstehen?

Rudi Berli: Wir denken, dass die wirtschaftliche Diversität in der Landwirtschaft ein ganz entscheidender Faktor für die biologische Diversität ist. Die Erhaltung der klein strukturierten, diversifizierten, bäuerlichen Produktionsstruktur, die Wertschöpfung auf den Höfen erzeugt, ist eine ganz wichtige Voraussetzung, um die Biodiversitätsdebatte seriös führen zu

können. **Was bedeutet denn «Strukturwandel»? Die Betriebe werden immer grösser, sie haben immer weniger Wertschöpfung, das heisst, sie müssen ihre Produktion weiter intensivieren und Kosten senken.** Das sind die Worte, die das BLW verwendet, wenn von der Agrarpolitik gesprochen wird. Auf der anderen Seite heisst es dann, die neue Agrarpolitik sei eine ökologische Reform, weil man jetzt einen Biodiversitätsbeitrag, einen Landschaftsqualitätsbeitrag und höhere Standards in der Tierhaltung habe. Diese Trennung von Produktion und Ökologie ist nicht richtig, das gehört zusammen. Und der Mensch gehört ins Zentrum der Ökologie.

K+P: Das wäre doch der Punkt, um zu sagen: Da läuft etwas grundsätzlich falsch, und wir können nicht einfach nur mit Direktzahlungen an den feinen Schrauben runddrehen, sondern müssen den Motor der Agrarpolitik als Ganzes unter die Lupe nehmen.

Martin Bossard: Landwirtschaftspolitik ist typischerweise eine Produktionsdebatte. Aber die eigentliche Frage ist doch: Wie ist die Nachfrage der Bevölkerung? Die Leute wollen inländische Produkte, sie wollen je länger je mehr Bioprodukte, sie wollen die Nachhaltigkeit und das Tierwohl berücksichtigt haben. Wir sollten versuchen, diesen Trend auch auf der Nachfrageseite zu unterstützen und zu fördern. Zum Beispiel könnten Kindergärten und Schulen mit Mittagstischen ihre Lebensmittel vermehrt in Bioqualität einkaufen. So entstünde eine Nachfrage, aus der die richtige Produktion hervorgehen würde. Diese Seite hat man in der AP14-17 nicht berücksichtigt, aber wir werden für die AP18-21 eine solche Zielsetzung verfolgen.

Ich stehe 100% hinter lokaler, ökologischer und tierfreundlicher Produktion. Und trotzdem werden wir weiterhin ausländische Produkte konsumieren. Ich will meinen Orangensaft am Morgen. **Und ich finde es keine dumme Idee, dass Schweizer Milch für drei Franken nach China oder Kirschen für 40 Franken nach Saudiarabien verkauft werden können, wenn es einen Markt dafür gibt.** Das kann für einen Teil der Landwirtschaft eine Chance sein, um die anderen Produkte zu einem günstigen Preis bereitstellen zu können. Anstatt die Produktion mit viel Geld aufzupumpen, was vor allem Preisdruck erzeugt und im Zwischenhandel versickert, kann man auch eine clevere Absatzstrategie mit einer hohen lokalen Wertschöpfung verfolgen. Ein rein produktionsorientierter «Plan Wahlen 2.0», wo der Staat

die Mengen kontingentierte, die Preise diktiert, Überschüsse zu Dumpingpreisen exportiert und die Grenzen mit Zöllen praktisch dicht macht, ist in Friedenszeiten kein zielführendes Programm. Diese Politik würde auch von unseren Handelspartnern nicht akzeptiert.

K+P: Der Vergleich zwischen heute und dem Plan Wahlen ist so allerdings nicht zulässig. Das war eine andere Zeit, und es waren bedeutend weniger Erdölkalorien in den produzierten Nahrungskalorien enthalten. Heute sind wir ja eher beim Selbstversorgungsgrad Null angelangt, energetisch betrachtet.

Martin Bossard: Ja gut, aber das ist bei anderen Grundbedürfnissen, zum Beispiel bei der Kleidung, genauso. Das zweitwichtigste Bedürfnis des Menschen ist, sich zu kleiden. Aber da findet keine Debatte statt. Wir importieren 100% unserer Rohstoffe für die Kleidung. Ich gebe zwar allen recht, die sagen, eigentlich sei die Debatte viel zu eng gefasst. Aber können wir diese Probleme lösen, indem wir die neue Agrarpolitik ablehnen? Im Übrigen geht diese ja in die richtige Richtung: mehr Wertschöpfung und mehr Kalorienproduktion, und dies erst noch ökologischer und tierfreundlicher.

Rudi Berli: Da muss ich leider widersprechen. Das BLW stellt zwar diese Theorie bezüglich einer erhöhten Kalorienproduktion auf. Wir sehen aber, was in den letzten Jahrzehnten passiert ist. Es fand keine Erhöhung, sondern eine Schwächung der inländischen Produktion statt. Um auf den Selbstversorgungsgrad zurückzukommen, der für uns doch eine gewisse Relevanz hat: In den letzten zehn Jahren sank dieser um 10%. Und das ist ein Brutto-Selbstversorgungsgrad. Wir sind auch international in guter Gesellschaft mit der Aussage, dass die Priorität der Nahrungsmittelproduktion in der Förderung von bäuerlichen, klein strukturierten, diversifizierten Betrieben besteht, die für den heimischen, lokalen Markt produzieren. Diesbezüglich läuft es mit der neuen Agrarpolitik aber weiterhin in die falsche Richtung, denn der Strukturwandel wird weiter vorangetrieben. **Auch wir wollen einen Strukturwandel, aber einen, der in die andere Richtung geht. Wir brauchen mehr Hände in der Landwirtschaft und nicht weniger. Wir wollen eine ökologische Intensivierung.** Das ist für uns die Grundlage, um qualitativ hochwertige Lebensmittel zu produzieren. Und das steht im Gegensatz zu dieser «Qualitätsstrategie», die Bio Suisse verteidigt. Diese «Qualitätsstrategie» ist eine Qualitätsstrategie des

Handels, der sich auf dem internationalen Markt mit qualitativ hochstehenden Produkten im Premium-Segment einen Mehrwert sichern will. Wir aber wollen eine Qualitätsstrategie im Basisernährungssegment sicherstellen. Mit der neuen Agrarpolitik befinden wir uns auf dem Holzweg.

Wir stellen überhaupt nicht den Handel als solchen infrage. Handel ist natürlich ein essenzieller Bestandteil der menschlichen Gesellschaft. Wir wollen auch nicht den Plan Wahlen wieder aufleben lassen. Autarkie ist nicht unser Ziel, und wir wollen auch nicht nur Käse und Getreide essen. **Aber wenn wir diesen Strukturwandel nicht bremsen, dann haben wir arithmetisch gesehen in weniger als 40 Jahren keine Landwirtschaft mehr in der Schweiz. Und 40 Jahre, das ist, wenn man von der Landwirtschaft spricht, übermorgen.** Wir zerstören nicht nur landwirtschaftliche Produktionsstrukturen, sondern auch vor- und nachgelagerte Zulieferer-, Gewerbe- und Verarbeitungsstrukturen. Das ist ein ganzer Wirtschaftskreislauf, der da aus den Regionen herausgenommen und grösser, zentralistischer organisiert wird. Wir sind der Ansicht, dass man hier ganzheitlicher denken muss. Im Übrigen steht auch die IFOAM für die Ernährungssouveränität ein und sagt, dass der internationale Handel zwar seine Berechtigung habe, aber nicht das höchste Prinzip sei, das die Landwirtschaftspolitik und die Nahrungsproduktion leiten müsse.

Die Politik muss dem Markt ganz klar die Rahmenbedingungen vorgeben. Und diese Haltung vermissen wir bei der Bio Suisse und auch bei anderen Gruppierungen, die hinter der neuen Agrarpolitik stehen, wie zum Beispiel Pro Natura. Es gibt zwar Handelsinteressen des Biomarktes, für die man Verständnis haben kann. Aber gleichzeitig wünschten wir uns, dass gerade die biologische Landwirtschaft sich in dieser Diskussion über die handelspolitischen Interessen stellen und gesamtgesellschaftlicher denken würde. Und eben auch in diesem Sinn Einfluss auf die Diskussion nehmen würde. Aber offenbar ist Bio Suisse immer noch geprägt von diesen alten Grabenkämpfen gegen den Bauernverband, die zu einer unheiligen Allianz mit dem Grosshandel geführt hat, um gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen.

K+P: Ist es denn für Bio Suisse möglich, das Wettbewerb und Marktwirtschaftlichkeit zusammen mit der Biodiversität unter einem Hut gedeihen?

Martin Bossard: Für uns ist das kein Gegensatz, Produktion und Ökologie. Und genau mit der neuen Agrarpolitik versucht man beides zu verbinden. Das ergibt einen Mehrwert, den die Leute auf dem Markt auch zu zahlen bereit sind. Grundsätzlich ist der Staat nicht gezwungen, in die Märkte einzugreifen. Er tut dies aber, weil der Markt ein Stück weit versagt, z. B. weil die Umwelt durch die intensive Produktion leidet, oder weil er bäuerlichen Familienbetrieben ein Auskommen ermöglichen will. Die Eingriffe des Staates sind in der neuen Agrarpolitik besser verankert als früher und übersetzen die guten Grundsätze der Bundesverfassung besser in ein landwirtschaftliches System als bisher. Dann sind Ökologie und Ökonomie auch keine Gegensätze, sondern ermöglichen in ihrer Verbindung gute Produkte, für die die Leute auch den Preis bezahlen, den sie wert sind. Das beste Beispiel hierfür sind Bioprodukte. Biobauern haben einen höheren Preis und produzieren für einen Markt, der wächst. Der Staat muss vor allem Flankenschutz leisten, damit die Bioproduktion gegenüber der konventionellen Produktion nicht ins Hintertreffen gerät. Und in einem grösseren Kontext betrachtet: **Wieso sollte man die Schweizer Landwirtschaft besonders fördern? Nur, weil es die Schweizer Landwirtschaft ist? In Frankreich produzieren sie möglicherweise ökologischer, weil sie es sich gar nicht leisten können, so viel Pestizide und Dünger einzusetzen und jeden Zentimeter bis zum Strassenrand auch noch unter den Pflug zu nehmen.** Darum ist in Frankreich noch eine Begleitflora vorhanden, die man hier kaum mehr antrifft. Wieso also die Produktivität in der Schweiz fördern, wenn eine Intensivierung der Ökologie abträglich ist? Diesen Konflikt müssen die Gegner der neuen Agrarpolitik mal ausdiskutieren, wenn sie die Produktion und den Selbstversorgungsgrad so stark ins Zentrum rücken. Unsere Qualitätsstrategie bringt das Ganze auf den Punkt: Wir wollen, dass die Produkte, die bezüglich Ökologie und Tierwohl besser sind, gekauft werden, und dass die nachhaltige Produktionsweise über den Preis honoriert wird. Und der Steuerzahler will dies ja auch und ist entsprechend bereit, die Ökologisierung der Produktion mitzutragen.

Rudi Berli: Vieles, was Martin sagt, kann ich unterschreiben. Aber diese Argumentationsweise enthält auch viel Widersprüchliches. Womit ich gar nicht einverstanden bin, ist, dass der Staat sich aus dem Markt heraus halten



«Die SAK ist auch ein Mensch.» Bäuerinnen demonstrieren gegen die Agrarpolitik.

Foto: Kurt Graf

soll. Der Staat soll zwar nicht direkt in den Markt eingreifen – hier vertreten wir eine liberale Auffassung. Aber der Staat muss die Rahmenbedingungen setzen. Und diese Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass sie der Allgemeinheit dienlich sind. Das heisst, dass sie mit den Zielen der Nachhaltigkeit vereinbar sein müssen. Beim ÖLN und den Tierschutzbestimmungen sieht man genau diesen begrüssenswerten Eingriff des Staates, der Rahmenbedingungen vorgibt. Aber wo wir es überhaupt nicht sehen, ist bei der Marktasymmetrie. **Die Marktasymmetrie ist direkt mit den Produktionsstrukturen und ihrer Entwicklung verbunden und führt zur Öffnung der Preisschere, also zu sinkenden Produzentenpreisen trotz steigender Konsumentenpreise.** Hier muss man ansetzen, und der Staat hätte hier auch eine Rolle zu spielen: Er müsste politische Entscheide fällen. Es geht dabei nicht in erster Linie um die direkte finanzielle Einkommensstützung, sondern vielmehr um eine Stärkung der Produzentenorganisationen und um eine bessere Einbindung der Konsumentenorganisationen, etwa in Marken. Wir haben in Genf zum Beispiel ein öffentliches Label, «Genève Région – Terre Avenir», das dem Kanton gehört. In der Markenkommission sind Produzenten, Konsumenten, Gewerkschaften und der Handel vertreten. Das ist ein ganz anderes Modell als bei den privaten Marken wie zum Beispiel «Swiss Garantie», an denen zwar Produzenten beteiligt sind, die aber im grossen Ganzen doch vom Handel dominiert werden. Die öffentliche Hand könnte hier viel aktiver sein und Kriterien für Marken definieren. Und vor allem könnte man dies lokal machen, um die lokale Wertschöpfungskette zu stärken.

Wenn man die Lebensmittelproduktion lokal organisieren und an die Nachfrage anpassen würde, würde sich das auch auf die Ressourceneffizienz positiv auswirken. In einem gemeinsam mit den Konsumenten und dem lokalen Handel organisierten lokalen Markt würden die Bauern nicht einfach mal drauflos produzieren, sondern es würden bedarfsgerechte Produktionsverträge ausgearbeitet.

Martin Bossard: Aber das ist ja gerade einer der Fortschritte der neuen Agrarpolitik: Sie stützt die Selbsthilfemassnahmen und stärkt die Verträge, z. B. im Milchbereich. Aber es kann nicht sein, dass Menge und Preis nur von den Produzenten bestimmt werden und die nachgelagerte Industrie alles übernehmen muss. Das muss die Branche gemeinsam aushandeln. Die Bioszene geht hier mit gutem Beispiel voran: nur wenige Organisationen, gute Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette, Verhaltenskodex und Plattformen für fairen Handel. Die konventionelle Schweiz hat allerdings vor allem im Milchbereich eine zu stark zersplitterte Struktur. Noch fehlt eine gemeinsame Qualitätsstrategie, und zu viele schwache Produzentenorganisationen stehen wenigen Abnehmern gegenüber.

Rudi Berli: Und genau da braucht es einen gesellschaftlichen Eingriff, um die Marktasymmetrie zu korrigieren.

K+P: Wird mit der Ablehnung der API14-17 nicht die Belohnung und Förderung derjenigen Bauern und Bäuerinnen verhindert, denen Tierschutz, Ökologie und Artenvielfalt bereits heute wichtige Anliegen sind?

Rudi Berli: Ich sehe vielmehr die neue Agrarpolitik als eine Spaltungspolitik, die Gräben zwischen Tal und Berg sowie zwischen Klein und Gross öffnet – es gibt Gewinner, und es gibt Verlierer. Verlieren wird insbesondere die klein strukturierte Landwirtschaft. Es gibt keine Elemente in dieser Agrarpolitik, die darauf hinwirken, dass der Strukturwandel umgekehrt wird, dass das bäuerliche Einkommen aus der Produktion verbessert wird, dass die Importe nicht zunehmen werden, und dass die Intensivierung als Gegenteil zur Extensivierung nicht zunehmen wird. Wozu dienen denn die zusätzlichen 160 Millionen Finanzmittel? Für den Bau von neuen, grösseren Ställen. Ist das die nachhaltige Landwirtschaft, die wir wollen und die proklamiert wird? Da wird zwar schön geredet, aber ich sehe, dass der Einkommensdruck in der Landwirtschaft riesig ist: **Das durchschnittliche Einkommen in der Landwirtschaft ist 30% unter dem medianen Einkommen in der Schweiz. Das ist nicht nachhaltig, das gibt den Jungen keine Perspektive in der Landwirtschaft.** Was stimmt, ist, dass in der Biolandwirtschaft die Wertschöpfung etwas besser ist. Und es werden wahrscheinlich wieder mehr auf Bio umstellen. Aber damit sind die Probleme nicht gelöst.

K+P: Sind die Direktzahlungen denn überhaupt das richtige Instrument, um unsere Agrarpolitik zu lenken, oder müssen wir ausserhalb der Landwirtschaft, bei der ganzen Gesellschaft anfangen?

Martin Bossard: Es muss ein Zusammenspiel zwischen dem Markt und der politischen Steuerung geben, damit sich Produktion, Handel und Konsum im Gleichschritt entwickeln. Wenn der Staat mehr Ökologie und mehr Markt will, dann muss er vorsichtig vorgehen. **Die Biobauern stecken im Dilemma: Sie wollen zwar das «Bioland Schweiz», aber wenn zu schnell zu viele Bauern auf Bio umstellen, gibt es zu viel Biomilch oder zu viel Biogetreide, und die Preise gehen den Bach runter.** Deswegen gibt es auch Biobauern, welche die Verhältnisse so belassen wollen, wie sie sind.

Rudi Berli: Mir geht es nicht um Bio oder Nicht-Bio, sondern um Lebensmittel. **Nachhaltigkeit muss in der gesamten Lebensmittelproduktion ein Thema sein.** Das ist für mich das «Bioland Schweiz», und nicht die Bio-Nische im Hochpreissegment für den Export, wo der Mehrwert grösstenteils dann doch nicht bei den Bauern landet.

Martin Bossard: Wieso meinst denn du, Rudi, dass die bisherige Agrarpolitik deine Anliegen besser bedient?

Rudi Berli: Das habe ich nicht gesagt.

Martin Bossard: Aber mit dem Referendum sagst du doch Nein zur neuen Agrarpolitik, dann bleibt ja vorerst nur die alte. Oder du hast eine Vorstellung davon, wie die neue sein muss und bist ganz sicher, dass du die wirst durchsetzen können.

Rudi Berli: Wir wollen mit dem Referendum nicht zurück zur alten Agrarpolitik. Wir müssen jetzt mal Nein sagen und die Thematik vors Volk bringen. Und dann müssen wir natürlich eine andere Agrarpolitik definieren, die eine wirklich zukunftsträchtige Ernährungsproduktion in der Schweiz sichert. Und das geht über eine ökologische Intensivierung, über eine ressourcenschonende, nachhaltige Nahrungsproduktion.

Martin Bossard: Die Frage ist, schaffen wir

das? Ihr müsst für ein Nein die unterschiedlichsten Leute ins Boot holen, von den absoluten Impfgegnern über die Grünen, die SP, die SVP bis zur Economiesuisse. **Man wird möglichst viele Nein-Stimmen sammeln, egal, wofür dieses Nein steht.** Die Bürgerlichen werden sagen: Wir geben zuviel Geld für die Landwirtschaft aus. Wir produzieren zu wenig, deshalb weg mit der Ökologie, wir wollen mehr Markt und offene Grenzen! Schliesslich lehnen dann womöglich auch Pro Natura und die Grünen die neue Agrarpolitik ab, weil ihnen die Ökologisierung viel zu

wenig weit geht. Und aus dieser Kakophonie von Nein-Stimmen soll man dann eine andere, eine bessere Agrarpolitik definieren? Da stehen mir die Haare zu Berge! Mit dem Referendum geht ihr ein enormes politisches Risiko ein!

Rudi Berli: Das müssen wir, denn wir können nicht weitermachen wie bisher. In weniger als 40 Jahren haben wir sonst keine Bauernbetriebe mehr. Wann und wie soll denn diese Entwicklung mit dem Strukturwandel sonst ein Ende nehmen? ●

Eure Ansichten zur AP14-17

Teilt uns Eure Ansichten zur neuen Agrarpolitik mit: Welchen Aussagen stimmt Ihr zu, welchen wollt Ihr widersprechen? Was haben die zwei Experten völlig ausgeblendet oder vergessen? Wurden überhaupt die richtigen Fragen gestellt? Gerne nehmen wir Rückmeldungen von Euch entgegen. Es ist vorgesehen, ausgewählte LeserInnenbriefe oder Auszüge daraus in der nächsten Ausgabe von K+P abzudrucken. Die Texte sollten möglichst pointiert verfasst und kurz gehalten werden.

Chronisch müde?
www.bio-strath.ch

100% natürlich

Made in Switzerland

Alkoholgehalt: 32 % vol.

Strath
Rekonvaleszenz Tropfen
Gouttes convalescentes
Gocce convalescenze

Strath
Rekonvaleszenz Tropfen